

Worin besteht nun die Bedeutung dieses »Sachstandsberichtes«, welches sind seine Intentionen, was wird eigentlich unter dem Schlüsselbegriff »Sozialverträglichkeit« verstanden? »Der Kerngedanke unseres Konzepts von Sozialverträglichkeit ist«, so definieren v. Alemann, Schatz und Viehfuës diesen Terminus, »die Durchsetzungschancen derjenigen gesellschaftlichen Bedürfnisse und Interessen zu stärken, die von der technischen Entwicklung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechniken besonders betroffen sind und aufgrund struktureller Gegebenheiten keine angemessenen Möglichkeiten haben, sich gegen die einseitige Abwälzung der sozialen Kosten der technischen Entwicklung zur Wehr zu setzen«. Deutlich werden der »Schutzgedanke« und die verfassungspolitische Orientierung am Sozialstaatspostulat des Grundgesetzes in das Zentrum der Studie gestellt. Demgemäß geht es Herausgebern und Autoren nicht einfach nur schlicht darum, die »politische Akzeptanz« seitens der von den neuen Technologien Betroffenen zu erhöhen und qua konsensualer Prozesse eine letztlich nur scheinbare Legitimation zu erreichen. Daß politische Akzeptanz nur dann als sinnvoll begriffen wird, hängt mit dem der Studie im- und explizite grundgelegten Demokratie-, Partizipations- und letztendlich Politikbegriff zusammen. Die »Vernetzung des Problems Partizipation, Demokratie, Machtbeziehungen und neue Technologien«, so v. Alemann in seinen Schlußbetrachtungen, ist nur dann in seinen strukturellen Zusammenhängen und Verästelungen hinreichend zu erkennen und auszuloten, wenn unter Politik »nicht nur Staatshandeln, sondern alles Handeln, das auf Interessenwahrnehmung und -durchsetzung in einem durch Macht und Herrschaft geprägten gesellschaftlichen Raum gerichtet ist«, verstanden wird. Demgemäß ist es folgerichtig, »politische Teilhabe und Teilnahme, Mitwirkung und Mitbestimmung, Partizipation und Selbstbestimmung [. . .] nicht nur auf den staatlichen Rahmen des politisch-administrativen Systems« zu beschränken.⁶ Vor diesem Hintergrund erhält der Betroffenenbegriff seine inhaltlichen Konturen. Insgesamt kann dieser detaillierte, differenzierte und problemorientierte »Sachstandsbericht« als vorzüglich gelungen angesehen werden und stellt eine wichtige Bereicherung und Zusammenfassung eines sich rapide vergrößernden Forschungskomplexes dar.

Wolfgang Luthardt, Berlin/Cambridge, USA

Hans-Paul Bahrtdt, Die Gesellschaft und ihre Soldaten. Zur Soziologie des Militärs, Verlag C. H. Beck, München 1987, 181 S., kart., 32 DM.

Im Vorwort zu dieser eigenartigen und eigensinnigen Publikation schreibt ihr Autor, Jahrgang 1918 und vor seiner Emeritierung renommierter Soziologieprofessor an der Universität Göttingen, ohne Scheu: »Der Verfasser ist kein Experte für Militärsoziologie.« (S. 7) Im letzten Drittel des Textes kommt er auf dieses erstaunliche Eingeständnis noch einmal zurück und ergänzt es: »Der Verfasser dieses Buches ist nicht Spezialist für Militärsoziologie. Dieses Spezialgebiet wird in deutscher Sprache bekanntlich wenig bearbeitet, häufiger schon in anderen Ländern, z. B. in den USA. Dort gibt es eine breite militärsoziologische Literatur. Von dieser kenne ich aber nur sehr wenig.« (S. 132) Das verschlägt selbst einem erprobten Rezensenten zunächst einmal die Sprache. Wie kann man etwas zur Soziologie militärischer Organisationen beitragen wollen, ohne auf den Stand der Disziplin Bezug nehmen zu können? Ist die Nichtachtung der militärsoziologischen Forschungsergebnisse der letzten 50 Jahre (davor gab es so gut wie keine Militärsoziologie) nun ein Ausdruck von Souveränität oder Trotz, Geltungsbedürfnis, Hochmut oder Schnoddrigkeit? Auch nach der Lektüre des Buches bin ich mir darüber nicht klar.

⁶ Ulrich v. Alemann knüpft hier systematisch an frühere Überlegungen an: Vgl. ders. (Hrsg.), Partizipation – Demokratisierung – Mitbestimmung, 2. Aufl., Opladen 1978.

Das wissenschaftlich legitime Recht, sich als Nicht-Experte mit militärsoziologischen Fragestellungen zu beschäftigen, leitet der Autor aus zwei Quellen her. Einmal, sagt er, lassen sich viele in anderen »Bindestrich-Soziologien« erworbene theoretische und methodische Kenntnisse und Fertigkeiten auf die Militärsoziologie übertragen. Und zweitens soll der Soziologe seinen Anteil an der allgemeinen »politischen Aufklärung« über höchst relevante soziale Sachverhalte, Prozesse und Institutionen nicht zurückhalten. Beide Begründungen haben etwas für sich, die erste gewiß noch mehr als die zweite, denn in der Tat begreifen die meisten Soziologen ihre Disziplin als Einheit, zwischen deren Untereinheiten ein reger Austausch sehr erwünscht ist. Diese Sichtweise hat sich auch bewährt. Mit der »politischen Aufklärung« von Soziologen hat es demgegenüber oft gehapert. Jedenfalls dürfte die Hoffnung, Soziologen seien dazu prädestiniert, komplexe politische und soziale Probleme rascher und klarer als andere zu durchschauen, nichts als eine Illusion sein.

Nach Vorwort und zwei Seiten langer Einleitung folgt in Bahrds Buch der aus neun Kapiteln bestehende Hauptteil, »Zugangswege zu militärsoziologischen Fragestellungen« überschrieben. Zunächst werden der systemtheoretische sowie der macht- und herrschaftssoziologische Zugang behandelt. Unter »Zugängen« versteht der Autor hier die Möglichkeiten, Erkenntnisse über den Untersuchungsgegenstand zu gewinnen. Sie werden von ihm mit gemäßigttem Optimismus beurteilt. Das dritte Kapitel ist ein Exkurs über Typen der Entwicklung zweckrationalen Verhaltens. Es folgen zwei Kapitel über Zusammenhänge zwischen der Entwicklung der Produktionsweise und der Militärsysteme sowie über Wechselbeziehungen zwischen Militärsystem und Wirtschaftsleben in neuerer Zeit. Das sechste Kapitel behandelt die »sogenannte ›Modernisierungsthese««, und darin findet der Leser die Bemerkung: »Die ›Modernisierungsthese‹ ist für uns Deutsche ungewohnt.« (S. 55) Da aber diese Vorstellung, daß nämlich militärische Organisationen im gesamtgesellschaftlichen Modernisierungsprozeß eine Schlüsselrolle spielen können, gerade in der preußischen Geschichte wichtige Stützbelege findet, ist dieser Satz wohl etwas vorschnell niedergeschrieben worden.

Im siebenten Kapitel wird der schichtungs- und klassentheoretische Zugang ausprobiert, im achten schließen sich arbeitssoziologische Überlegungen an. In beiden Kapiteln ist deutlich merkbar, daß der Autor in diesen soziologischen Unterdisziplinen über imponierende Kenntnisse verfügt. Das neunte und längste Kapitel heißt »Militärisches Handeln und normative Strukturen in der militärischen Teilkultur« und behandelt einige wichtige Grundwerte militärischen Handelns (wie z. B. Gehorsam) sowie die Problematik der partiellen Aufhebung des Tötungstabus gegenüber Artgenossen. Dies leitet schon über zu einer Art Schlußteil, »Rückblick und politische Konsequenzen« überschrieben, in dem der Autor auf ein wenig umständliche Art seiner Sorge über die Kriegsgefahr, insbesondere die Gefahr eines Kriegs mit Nuklearwaffen, Ausdruck verleiht.

Schließlich gibt es noch einen Anhang, und zwar den Text eines Referats aus einem militärsoziologischen Fragestellungen gewidmeten Seminar des Autors. Dieser Text stammt von Jörg Klein und geht auf die Möglichkeit der Rationalität militärischen Handelns im Krieg anhand des Romans »Krieg und Frieden« von Tolstoi ein. Weil diese Frage gerade auch unter den Bedingungen des modernen Krieges immens an Bedeutung gewonnen hat, ist dieser knappe Text aufschlußreich zu lesen und regt zum weiteren Nachdenken an. Daß man literarisch-philosophisch verbrämte Erfahrungen aus den Napoleonischen Kriegen nur sehr behutsam auf aktuelle Problemlagen übertragen kann, versteht sich dabei von selbst.

Ein eigenartiges und eigensinniges Buch, in der Tat. Der Text von Bahrds ist durchsetzt mit nur ausnahmsweise als solche gekennzeichneten Exkursen zu allen möglichen Themen (z. B. Prüfungsangst von Studenten); er ist voller Abschweifungen in die Geschichte, die allerdings ohne erkennbare Systematik in den einzelnen Kapiteln auftauchen. Oft werden auch persönliche Eindrücke des Autors aus seiner Soldatenzeit (die über acht Jahre dauerte, ohne daß er es gewollt hat) herangezogen und soziologisch interpretiert. Der Schlußteil postuliert zugleich die Werturteilsfreiheit des soziologischen Analysierens und die politische Bildungs-

aufgabe des Soziologen als Staatsbürger – dabei verwickelt sich der Autor nach eigenem Einverständnis in Widersprüche (S. 152).

Was das Buch *nicht* ist: eine Einführung in die Militärsoziologie, eine systematische Analyse des Verhältnisses Militär/Gesellschaft, eine Auseinandersetzung mit militärpolitischen oder strategischen Problemen der Gegenwart. Insofern ist der Klappentext des Verlags eine Irreführung, und ich fürchte auch, daß viele Leser deswegen das Buch mit leichtem Groll aus der Hand legen werden. Schwieriger ist es zu sagen, was denn dieses Buch nun eigentlich darstellt. Seine Stilhöhe schwankt zwischen soziologischer Fachsprache und Leitartikeldeutsch. Manchmal denkt man an den Physiklehrer aus der »Feuerzangenbowle«, der uns eine Dampfmaschine erklärt. Zweifellos besitzt der Bahrdtsche Text vieles von jener Spoerl-Pontoschen Liebeshwürdigkeit. Aber viel anfangen kann man damit nicht.

Wilfried v. Bredow, Marburg

Storia contemporanea oggi. Per una discussione, hrsg. von Tommaso Detti, Nicola Gallerano, Tim Mason = Movimento Operaio e Socialista, Nr. 1–2, Genova 1987, 218 S., Lit. 23 000.

Zeitschriften sind in Italien häufig Treffpunkt und Organisationszentrum von Freundeskreisen, Schulen, politischen und kulturellen Bewegungen. Das gedruckte Produkt steht am Ende eines langen Kommunikationsprozesses. Diese Homogenität erlaubt manchem Periodikum den Übergang vom relativ kurzlebigen Zeitschriftenheft zum Buch. Zu diesem Typus zählt auch die vorliegende Veröffentlichung, in der eine skeptisch gewordene Generation der Ex-Achtundsechziger unter den Historikern eine Bilanz der eigenen Disziplin zieht. Die vom »Centro Ligure di Storia Sociale« herausgegebene Zeitschrift »Movimento Operaio e Socialista« hat in den 60er Jahren eine bedeutende Rolle in den politisch-historiographischen Debatten der italienischen Linken gespielt. Die 1977 eingeweihte »Neue Serie« unternahm es, nach einer Phase stürmischen politischen Engagements die Geschichte der Arbeiterbewegung als »Sozialgeschichte« neu zu konzipieren und sich damit von der bisher betriebenen Eliten- und Ideologieggeschichte zu distanzieren. Nach einem weiteren Jahrzehnt erscheint den Verantwortlichen eine erneute Kursänderung nötig.

Die Beiträge von N. Gallerano, M. Revelli, M. Moretti, M. Palla und M. Flores diskutieren den Standort der Geschichte innerhalb der Kultur Italiens, fragen nach dem Verhältnis von Geschichte und Sozialwissenschaften, untersuchen die innerdisziplinären Verschiebungen zwischen Politik- und Gesellschaftsgeschichte und verorten Geschichte als akademische Disziplin im Gesamt der universitär betriebenen Forschungsaktivitäten. Tim Mason hat für das Heft eine kritische Reflexion über den in Italien gängigen unreflektierten Gebrauch des Modernisierungs- und Modernitätsbegriffs beige-steuert (Moderno, modernità, modernizzazione: un montaggio). Der Rezensent ist mit einem forschungsgeschichtlichen Überblick vertreten (Storia e storiografia in Italia oggi). Die Tonlage fast aller Beiträge ist auf Moll gestimmt. Geschichte insgesamt verfügt innerhalb der Universität über ein breites Fundament (einschließlich Assistenten und Dozenten 2 400 von insgesamt 33 000 Lehrenden). Innerhalb dieser Disziplin hat die Zeitgeschichte, noch Mitte der 60er Jahre ein »Aschenputtel« unter ihren Mitschwestern, zwei Jahrzehnte später einen breiten Raum in der Universität erobert (48 Lehrstühle = fast 20 % aller historischen Ordinariate). Aber die gesamtgesellschaftliche Bedeutung von Geschichte nimmt ab. Die Historiker haben nach M. Revelli »das Monopol für die politischen Grundsatzdebatten verloren« (S. 29). Die großen Standortbestimmungen und Sinnstiftungen stammen zunehmend aus der Soziologie, der Ökonomie, der Politologie. Die politischen Wissenschaften, stark durch amerikanische Vorbilder beeinflusst, verzichten weitgehend auf die historische Fundierung ihrer Argumente. Der Primat des Politischen in der Zeitgeschichte wird zunehmend in Frage gestellt. Alle quantitativen Analysen von Zeitschrifteninhalten zeigen seit 1975 eine Verschiebung hin zur Kultur-